

21/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Parlaments- und Regierungssitz Berlin

Eine Entscheidung von historischer Bedeutung

Zur Entscheidung des Deutschen Bundestages über den künftigen Sitz von Parlament und Regierung erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Nach einer langen, auf hohem Niveau und mit großer Sachlichkeit geführten Debatte hat der Deutsche Bundestag nunmehr entschieden, daß Berlin künftig auch Sitz des Parlaments und der Bundesregierung ist. Diese Entscheidung von historischer Bedeutung muß jetzt von allen auch solidarisch mitgetragen werden. Dazu rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf.

Die Entscheidung für Berlin darf keine Gewinner und Verlierer hinterlassen. Sie muß vielmehr als Auftrag und moralische Verpflichtung gegenüber Bonn verstanden werden, das mehr als vierzig Jahre die Aufgabe der Bundeshauptstadt mit Sitz von Parlament und Regierung wahrgenommen hat. Bonn ist in dieser Zeit zu einem Symbol für unseren jungen demokratischen, föderalen Rechtsstaat geworden, das in der ganzen Welt Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

(Fortsetzung auf Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● **Helmut Kohl:**

Wir wollen dauerhaften Frieden zwischen unseren Völkern. Ansprache des Kanzlers im Sowjetischen Fernsehen. Seite 4

● **Steuern**

Wir zeigen Solidarität. Mit Beispielrechnungen nach dem Solidaritäts- und Steueränderungsgesetz. Seite 23 bis 29

● **Aktion Solidarität**

CDU Nortorf: Ausbildungsplätze für junge Leute aus den neuen Ländern. Seite 31

● **CDU im Dialog**

Die Bundeswehr in der Umgestaltung. Fachtagung für Bundeswehrbeauftragte. Grüner Teil

● **Öffentlichkeitsarbeit**

Gesamtangebot. Rosa Teil

■ **DOKUMENTATION:** Die Erklärungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki bei der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 17. Juni in Bonn. Blauer Teil.

Weiss: Den Absatz ostdeutscher Produkte fördern

Gegen die Praxis einzelner Unternehmen, durch den Hinweis „Made in West-Germany“ die Herkunft von Waren aus den alten Bundesländern besonders zu unterstreichen, hat sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Heinrich Weiss, gewandt. Es handele sich bisher zwar nur um wenige Vorkommnisse, aber man müsse den Anfängen wehren. Die Herkunft von Erzeugnissen aus der alten Bundesrepublik werbemäßig besonders herausstellen, vertrage sich auch nicht mit den vom BDI unterstützten Bemühungen, den Absatz ostdeutscher Produkte zu fördern.

Industrie will 35 Milliarden investieren

Die westdeutsche Industrie will in diesem Jahr mehr als 35 Milliarden Mark in den neuen Bundesländern investieren, ergab eine Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Bevorzugte Industriestandorte seien Sachsen und Thüringen.

Fischereistandort Rostock bleibt erhalten

Rostock soll Standort einer kleinen Hochseefischereiflotte bleiben. Ein Plan der Deutschen Fischwirtschaft AG sieht die Gründung einer mehrheitlich privaten GmbH vor, deren fünf Schiffe ganz-

Nachrichten aus den neuen Ländern

jährig auf Rotbarschfang gehen sollen. Nach Angaben des AG-Vorstandsvorsitzenden Günter Wolter soll ein weiteres Unternehmen mit drei Schiffen vor Mosambik auf Garnelenfang gehen. Das ehemalige DDR-Fischkombinat hatte bei der deutschen Vereinigung noch 28 Schiffe.

Starke Nachfrage nach Eigenkapitalhilfe

Die Nachfrage nach Mitteln aus dem Eigenkapitalhilfe-Programm der Bundesregierung für die neuen Bundesländer ist im 1. Quartal 1991 gegenüber dem Vorquartal explosionsartig angestiegen: Mit ca. 15.600 Anträgen auf Eigenkapital Ost ist die Nachfrage gegenüber dem letzten Quartal des Jahres 1990 (ca. 7.800 Anträge) um 100 Prozent gestiegen; das Antragsvolumen ist mit ca. 950 Millionen DM über doppelt so hoch wie im Vorquartal (440 Millionen DM).

Gute Chancen für Umwelt-Großforschung im Raum Halle/Leipzig

Für den raschen Aufbau eines Umweltforschungszentrums im Raum Halle/Leipzig gibt es gute Chancen. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber sagte in Dresden

nach einem Gespräch mit seinem sächsischen Amtskollegen Hans-Joachim Meyer, die Sache „geht in einer guten Weise voran“. Unmittelbar nach einer Entscheidung des Wissenschaftsrates solle die Großforschungseinrichtung unter Beteiligung der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt gegründet werden. Meyer bezeichnete die angestrebte Lösung als „finanziell sehr attraktiv“ für das Land.

Autobahnausbau Berlin—Frankfurt/Oder noch 1991

Der Ausbau der Bundesautobahn A 12 Berlin—Frankfurt/Oder soll noch in diesem Jahr beginnen. Die öffentliche Ausschreibung dafür werde im nächsten Monat erfolgen, teilte Andreas Weiler, Leiter des Stadtplanungsamtes Frankfurt/Oder, mit. Er rechne damit, daß im Frühherbst mit den Bauarbeiten zwischen der Anschlussstelle Frankfurt/Oder und der Oderbrücke am deutsch-polnischen Grenzübergang begonnen werde.

Debeka-Gruppe strebt 1.400 Mitarbeiter bis Ende 1991 an

Die Debeka-Versicherungsgruppe mit Sitz in Koblenz will bis Ende 1991 in mehr als 50 Büros mit 1.400 Mitarbeitern in den neuen Bundesländern vertreten sein. Wie ein Sprecher mitteilte, sollen dabei Bewerber aus dem Osten bevorzugt werden. Derzeit arbeiten 700 Debeka-Mitarbeiter in Ostdeutschland. ■

Entscheidung für die Vollendung der Einheit Deutschlands

(Fortsetzung von Seite 1)

Alle Verantwortlichen sind jetzt aufgerufen, für die Verlagerung des Parlaments und der Regierung einen wirtschaftlich und sozial verträglichen Zeitplan aufzustellen, der den berechtigten Anliegen der Menschen in der Bonner Region Rechnung trägt und ungerechtfertigte Härten vermeidet.

Chance und Herausforderung für uns alle hat der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, die Entscheidung des Parlaments für Berlin genannt und eine Bestätigung dafür, daß Volksabstimmungen nicht der geeignete Weg zur Entscheidung politisch schwieriger Fragen sind. Bohl: Das Parlament vielmehr ist seiner Aufgabe als Ort der Entscheidung in würdiger Weise nachgekommen.

Der jetzt gefundene Weg wird der großen Aufgabe, die Einheit des deutschen Volkes zu vollenden, gerecht. Es war eine demokratische Entscheidung, die von allen zu respektieren ist und die in die Zukunft unseres Landes weist. Sie wird nicht nur für die Bonner Region Bela-

stungen, sondern für alle Deutschen Konsequenzen mit sich bringen. Zu der besonderen Verantwortung für die Menschen in den neuen Ländern und Berlin kommt jetzt die besondere Verantwortung für die Menschen in Bonn hinzu.

Nachdem Glaubwürdigkeit gegenüber Berlin geübt wurde, heißt es jetzt, Glaubwürdigkeit in gleicher Weise gegenüber Bonn zu beweisen. Für die Region und die Menschen, die dort leben und die sich in den letzten Jahrzehnten und insbesondere in den letzten eineinhalb Jahren mit großem Einsatz für die deutsche Einheit engagiert haben, muß eine vernünftige Perspektive geschaffen werden. Dafür streben wir in dem anstehenden Gesetzgebungsverfahren eine breite Basis im Parlament an.

Ein überstürztes Vorgehen in Richtung Berlin würde niemandem nützen. Der mit Mehrheit angenommene Pro-Berlin-Antrag sieht ausdrücklich Ausgleichsmaßnahmen für Bonn vor, das Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleiben soll. Dieses Versprechen wird in den kommenden Jahren eingelöst werden. Auch das gehört zu dieser Entscheidung für die Vollendung der Einheit Deutschlands.

„... für mich ist Berlin eben auch immer die Chance zur Überwindung der Teilung gewesen. Ich bin sicher, ohne dieses Berlin der letzten vier Jahrzehnte und ohne das, was Berlin und übrigens auch die Berliner für uns bedeutet haben, wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen.“

Helmut Kohl in der Bundestagsdebatte über den künftigen Regierungs- und Parlamentssitz am 20. Juni 1991

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen dauerhaften Frieden zwischen unseren Völkern

Bundeskanzler Helmut Kohl hat im sowjetischen Fernsehen anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 21. Juni 1991 folgende Ansprache gehalten:

Verehrte Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion!

Wir Deutschen gedenken heute mit Ihnen jenes Tages vor 50 Jahren, als deutsche Truppen die Sowjetunion angriffen.

Gemeinsam erinnern wir uns an das unsagbare Leid, das in dem von der Hitler-Diktatur entfesselten Zweiten Weltkrieg auch den Völkern der Sowjetunion zugefügt wurde.

Keine Zahl vermag dieses Leid zu ermessen. Unsere Trauer gilt allen unschuldigen Opfern, den Kindern, den Frauen, den alten Menschen.

Sie gilt den Millionen von Soldaten, die auf den Schlachtfeldern dieses Krieges Angst, Not und Tod erlitten.

Das deutsche Volk mußte selbst einen furchtbaren Preis für die ideologische und machtpolitische Verblendung jenes verbrecherischen Regimes bezahlen, das damals die Staats- und Regierungsgewalt in Deutschland innehatte. Millionen meiner Landsleute verloren ihre Heimat.

Die Namen zweier Städte in der Sowjetunion symbolisieren die ganze Grausam-

keit eines Krieges, den die nationalsozialistischen Machthaber als Vernichtungsfeldzug geplant hatten: Leningrad und Stalingrad.

Die Belagerung Leningrads steht für die unsagbaren Leiden, die der Zivilbevölkerung zugefügt wurden.

Stalingrad steht für das Inferno einer totalen Kriegsführung.

Diese Stadt ist in einer Region gelegen, die auch Deutsche in vielen Jahrhunderten mitgestaltet hatten.

Wir erinnern uns in Dankbarkeit daran, daß selbst in der dunkelsten Periode unserer Geschichte der Geist der Humanität in den Menschen nicht zerstört werden konnte.

Es gab bewegende Beispiele von Hilfsbereitschaft, von Großherzigkeit und von Menschlichkeit — auch über die Fronten hinweg.

Und es gab deutsche Männer und Frauen, die Widerstand gegen die Hitler-Diktatur leisteten. Viele von ihnen haben dafür mit dem Leben bezahlt.

Für uns Deutsche gehört zu den wichtigsten Lehren aus der Geschichte dieses Jahrhunderts, daß Freiheit und Frieden untrennbar zusammengehören.

Ein Regime, das die Würde des Menschen verletzt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtet, ist immer auch eine Bedrohung für den Frieden.

Wachsende Einkommen für Arbeitnehmerhaushalte in den neuen Ländern

Wie der Erftkreis-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller (Wesseling) mitteilte, betrug das verfügbare Einkommen der Haushalte von Arbeitern und Angestellten (Familien mit zwei Kindern) im Gebiet der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990 durchschnittlich 2.740 Mark.

In 95 Prozent der befragten Haushalte bezogen beide Ehepartner Arbeitseinkommen. Für Waren und Dienstleistungen, für den privaten Verbrauch, so Müller weiter, gaben diese Vier-Personen-Haushalte im genannten Zeitraum durchschnittlich 2.410 Mark monatlich aus. Im Monat Juli, dem

Monat nach der Einführung der D-Mark, überstiegen die Ausgaben die Einnahmen, nach Abzug der Aufwendungen für Versicherungsbeiträge u. ä., um fast 220 Mark; es mußte also auf die Ersparnisse zurückgegriffen werden. Im Dezember 1990 hingegen konnten rund 410 Mark zur Ersparnis- und Vermögensbildung verwandt werden.

„Anhand dieser Angaben wird erkennbar, daß es in den neuen Bundesländern wirtschaftlich aufwärts geht und die Soziale Marktwirtschaft den dort lebenden Menschen endlich auch mehr Wohlstand sowie Lebensqualität beschert“, kommentierte der Abgeordnete abschließend.

Ich selbst habe den Krieg noch als Kind erlebt. Meine Generation war zu jung, um sich in Schuld zu verstricken.

Aber wir waren alt genug, um die Schrecken des Krieges bewußt zu erfahren.

Ich bin daher fest entschlossen, meine ganze Kraft für ein Europa der Gerechtigkeit und des Friedens, der Zusammenarbeit und der guten Nachbarschaft einzusetzen.

Dies ist der Wunsch und Wille aller Deutschen.

Mit Ihrem Präsidenten Michail Gorbatschow weiß ich mich darin einig, daß wir die Beziehungen zwischen unseren Völkern auf eine friedliche, auf eine gemeinsame Zukunft ausrichten müssen.

Wir haben uns in diesem feierlichen Bekenntnis die Hand gereicht. Deutschland und die Sowjetunion haben

im vergangenen Herbst einen umfassenden Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit geschlossen.

Wir haben damit an die guten Traditionen jahrhundertelanger friedlicher Gemeinsamkeit unserer Völker angeknüpft.

Ich wünsche mir, daß wir auf diesem Fundament für die nachwachsenden Generationen in Deutschland und in der Sowjetunion eine gute Zukunft schaffen.

Am Ende eines Jahrhunderts, in dem so viel Leid über die Völker Europas gekommen ist, rufen wir unseren Kindern und Enkeln zu:

Wir wollen Freundschaft zwischen den Menschen, wir wollen dauerhaften Frieden zwischen unseren Völkern!

Wir müssen unsere Beziehungen zu den Sowjetrepubliken verstärken

Boris Jelzin hat die Präsidentschaftswahlen in Rußland im ersten Wahlgang klar gewonnen. Er ist damit der erste demokratisch gewählte Präsident der Republik Rußland. Auf die Republik Rußland entfallen drei Viertel der Gesamtfläche und mehr als die Hälfte der Bevölkerung der gesamten Sowjetunion, dazu ein Großteil ihrer Energie- und Rohstoffvorkommen.

Durch seine demokratische Legitimation, die Gorbatschow (noch) fehlt, hat Jelzin eine besonders starke Stellung. Dies wird ihm helfen, die wirtschaftlichen Reformen durchzusetzen, die das russische Volk von ihm erwartet und deretwegen er vor allem gewählt worden ist. Ich war vor wenigen Wochen in Moskau und Kiew und habe dort politische Gespräche sowohl mit hochrangigen Vertretern der Unionsführung als auch mit Vertretern der Republiken Rußland und Ukraine geführt. Mein Eindruck: Bei uns in Deutschland unterschätzt man weithin noch, wie groß die Machtfülle der Republiken heute schon ist und wie viele Kompetenzen von der Zentrale auf sie übergegangen sind bzw. noch übergehen werden.

Politik und Wirtschaft in Deutschland müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Wir müssen unsere Beziehungen zu den Republiken auf politischer und wirtschaftlicher Ebene verstärken und die Zusammenarbeit mit ihnen intensivieren. Solche Kontakte wenden sich nicht gegen die Zentralregierung der Sowjetunion und ihren Präsidenten Gorbatschow. Wir Deutschen haben ein Interesse daran, daß die Sowjetunion nicht völlig in ihre Einzelrepubliken zerfällt — aus sicher-

heitspolitischen wie aus wirtschaftlichen Gründen: Die Aufteilung des sowjetischen Atomarsenals auf mehrere Republiken würde unsere Sicherheitslage nicht verbessern, sondern verschlechtern und sie würde Abrüstungsverhandlungen erschweren.

Unbeschadet dessen: Die neue Lage erfordert es, daß wir mit den Regierungen der Republiken enge Kontakte knüpfen — zumal, wenn sie aus einer demokratischen Wahl hervorgegangen sind —, denn viele der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die für Deutschland von Belang sind, fallen heute schon

**Von Alfred Dregger,
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

in den Republiken und nicht in der Zentrale. In Moskau residieren jetzt zwei Regierungen, die der Republik Rußland (Jelzin) und die der Zentralregierung (Gorbatschow).

Legt man unsere europäischen Maßstäbe zugrunde, so sind die Republiken Rußland, Ukraine, Weißrußland und Kasachstan hinsichtlich ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft, ihrer ökonomischen und politischen Selbständigkeit und hinsichtlich ihrer nationalen Identität eher mit den großen EG-Nationen wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland zu vergleichen als etwa mit den deutschen Bundesländern.

Eine Konsequenz daraus lautet: Wir brauchen mehr diplomatische und konsularische Vertretungen in der Sowjetunion,

Aus dem Veröffentlichungsprogramm der KAS

Die unmittelbar zurückliegenden Hefte haben die Themen „Solidarität oder Egoismus — Macht Wohlstand unempfindlich?“, „Föderalismus in Deutschland und Europa“ und „Planen, Bauen und Wohnen im vereinten Deutschland“ zum Gegenstand. In der soeben erschienenen Ausgabe 2/91 der Zeitschrift „Zur politischen Bildung — Eichholz Brief“ geht es um:

Christliche Demokraten in der Herbstrevolution

Einige der Autoren und die Titel ihrer Beiträge:

- Thomas Habicht: Wer war das Volk? — Gesichter der Revolution
- Uwe Grüning: Weltfremdheit und Wirklichkeitsnähe
- Dirk-Michael Grötzsch: Revolutionäre auf Zeit

● Roland Schein: Leipzig im Herbst 1989

● Else Ackermann: Die Revolution — ein Flächenbrand?

Die „Zeitschrift zur politischen Bildung — Eichholz Brief“ wird im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Günther Rüter und Klaus Weigelt herausgegeben. Sie erscheint im Burg-Verlag.

Im Abonnement kostet die Zeitschrift DM 7,20 pro Jahr (vier Hefte) zuzüglich Versandkostenanteil.

Ansichtsexemplare verschickt auf Anfrage:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz/Postfach 1331
W-5047 Wesseling

auch um uns den riesigen Wirtschaftsraum östlich des Urals zu erschließen. Zur Zeit gibt es erst neben der Deutschen Botschaft in Moskau drei deutsche Generalkonsulate in Leningrad, das nach dem Willen seiner Bevölkerung in Zukunft wieder St. Petersburg heißen soll, in Minsk und in Kiew.

Auch die deutsche Wirtschaft muß sich auf die neue Lage einstellen. Es reicht heute nicht mehr, mit den Zentralbehörden in Moskau zu verhandeln. Wer heute Geschäfte machen will, muß in die jeweiligen Republiken reisen und an Ort und Stelle seine Interessen wahrnehmen.

Deutschland ist traditionell der größte Handelspartner der Sowjetunion. Wir Deutschen haben aufgrund unserer Wirtschaftsbeziehungen und unserer geographischen Lage von allen EG-Mitglied-

staaten das größte Interesse daran, daß die wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion und ihren Republiken möglichst schnell greifen. Wir müssen dabei helfen — finanziell und durch Entsendung von Fachkräften.

Natürlich können wir diese Hilfe nicht allein leisten, das würde uns überfordern, zumal wir ohnehin durch die Aufgaben im Zusammenhang mit der deutschen Einheit angespannt sind. Sie muß vielmehr von der gesamten Europäischen Gemeinschaft und auch von den Vereinigten Staaten geleistet werden. Aber wir Deutschen haben gute Gründe, als Anwalt der Völker der Sowjetunion aufzutreten. Denn eine innerlich befriedete und wirtschaftlich stabile Union souveräner Sowjetrepubliken käme uns Deutschen am meisten zugute. ■

SPD gefährdet skrupellos Tausende von Arbeitsplätzen

**Zur Diskussion um die Partei-
vermögen erklärte Generalsekretär
Volker Rühle:**

Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien hat die CDU die Frage des Parteivermögens der ehemaligen DDR-Parteien unverzüglich, abschließend und eindeutig geregelt. Alle anderen Parteien nehmen in dieser Frage eine höchst fragwürdige Haltung ein.

Die CDU und ihre Landesverbände in den neuen Bundesländern haben auf alle Eigentumsrechte und Rechtsträgerschaft

**Volker Rühle: Andere
Parteien sollen ebenfalls auf
Vermögen der ehemaligen
DDR-Parteien verzichten.**

ten (Nutzungsrechte) an Grundstücken und Gebäuden sofort verzichtet und das Vermögen, das am 7. Oktober 1989 bestanden hat oder seither an die Stelle dieses Vermögens getreten ist, unter die Verwaltung der Treuhandanstalt gestellt. Das heißt selbstverständlich auch: Alle Mieteinnahmen, die von der CDU erzielt

werden, werden an die Treuhandanstalt abgeführt.

Diesem Beispiel muß sich vor allem die PDS, aber auch die FDP umgehend anschließen und auf ihre Eigentumsrechte verzichten. Es kann nicht angehen, daß Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, sich das Vermögen der ehemaligen DDR-Parteien unter Hinweis auf die durch die Einheit gewachsenen Aufgaben einverleiben. Das widerspricht jedem demokratischen Rechtsempfinden und fügt dem Ansehen unserer Parteien schweren Schaden zu.

In weitaus krasserer Weise trifft dieser Vorwurf aber auch auf die SPD zu. Denn sie versucht mit allen Mitteln, sieben frühere Bezirkszeitungen der SED in ihren Besitz zu bringen, um verstärkt Einfluß in der Medienlandschaft ausüben zu können. Dabei blockiert sie nicht nur in unverantwortlicher Weise die Übertragung der Gesellschaftsanteile an die bereits vorhandenen Käufer und damit eine ordnungsgemäße Privatisierung dieser Verlage. Mit ihrem durchsichtigen Verhalten bringt sie vielmehr in skrupeloser Weise die Arbeitsplätze von rund 8000 Frauen und Männern in Gefahr. Ich fordere die SPD deshalb mit allem Nachdruck auf, sich auf ihre demokratische Verantwortung zu besinnen und ihren peinlichen und gefährlichen Rechtsstreit um die alten SED-Verlage endlich zu beenden.

KOMMISSION
DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN

EG EXTRA
INFORMATIONEN

Förderkonzept vorgelegt
Sechs Milliarden DM bis 1993

**EG hilft beim
Aufbau der
Marktwirtschaft
in den
neuen Ländern**

Das Sonderheft
ist zu bestellen
bei: Vertretung
der EG-Kommis-
sion in der
Bundesrepublik
Deutschland,
Zitellmannstr. 22,
5300 Bonn 1.

Wenn die Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern wieder zunimmt, wird auch der Bedarf an Kindergärten wieder steigen

Es geht um ein Gebiet von 16 Millionen Einwohnern, in dem ca. 150.000 Kindergartenplätze fehlen. Vielerorts finden die Dreijährigen gar keine Plätze mehr, werden nur „Härtefälle“ aufgenommen oder Plätze doppelt belegt (vor- und nachmittags von verschiedenen Gruppen).

In 45 Jugendamtsbereichen gibt es überhaupt keine Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder bis 15 Jahre, die Versorgungsquote an Kindergartenplätzen beträgt nur 77,8 Prozent. Kinderbetreuungseinrichtungen fallen einfach der Rotstiftpolitik zum Opfer.

Claudia Nolte, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich beschreibe nicht die Situation in den fünf neuen Bundesländern — in denen das bestehende Angebot bedarfsgerecht erhalten und qualitativ verbessert werden wird —, sondern ich weise auf den Status quo in Nordrhein-Westfalen hin.

Die SPD fordert von der Bundesregierung, mindestens ein Drittel an den Gesamtkosten der Kinderbetreuungseinrichtungen in den fünf neuen Bundesländern zu tragen, während sie in Nordrhein-Westfalen die Investitionskostenzuschüsse des Landes reduziert, die Lasten auf Kommunen und Träger abwälzt und die Betriebskostenförderung bei 27 Prozent festschreibt. Ist das Ihre neue Glaubwürdigkeit?

Wir begrüßen, daß die SPD sich unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch

auf einen Kindergartenplatz zu eigen macht. Werben Sie bei den von Ihnen gestellten Landesregierungen dafür, mehr Mittel für Kindergärten zur Verfügung zu stellen.

Das wäre eine Forderung an den neuen Parteivorsitzenden Engholm, den derzeitigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, dessen Bundesland mit einer Versorgungsquote von 56,3 Prozent an Kindergartenplätzen bundesrepublikanisches Schlußlicht ist.

Zum Vergleich: Baden-Württemberg hat eine Versorgungsquote von 105,4 Prozent. Baden-Württemberg hat aber mit Erwin

Die Situation der Kindergärten, Krippen und Horte in den neuen Ländern ist nicht so schlecht, wie sie von der SPD dargestellt wird.

Teufel auch einen CDU-Ministerpräsidenten.

Die überwiegend CDU-regierten Länder Ostdeutschlands bemühen sich nach Kräften, das dichte Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen zu erhalten.

So sind z.B. im thüringischen Landeshaushalt für das zweite Halbjahr 133 Millionen DM zugunsten von Krippen und Kindergärten vorgesehen. Das ist derselbe Betrag, den der Bund im ersten Halbjahr mitfinanziert hat.

Die bisher erhobenen Elternbeiträge pro Kindergartenplatz liegen in Thüringen ohne Essensgeld bei durchschnittlich DM 50, —. Einzelne Orte staffeln nach Nettoeinkommen der Erziehungsberechtigten. Ganz besonders begrüße ich, daß auch 66 Betriebskindergärten und 45 Betriebskinderkrippen in Thüringen durch kommunale bzw. freie Träger übernommen wurden.

Die Situation der Kindergärten, Krippen und Horte in den neuen Bundesländern ist eben nicht so schlecht, wie sich die SPD das möglicherweise gedacht haben mag, und es bestehen gute Chancen für die Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen.

Der Abbau vorhandener Überkapazitäten bei Krippen und Kindergärten darf nicht dramatisiert werden. Für unsere Fraktion bleibt wichtig, daß das bestehende Angebot bedarfsgerecht erhalten und qualitativ verbessert wird.

Dabei haben wir zu berücksichtigen, daß bei sich bessernder Wirtschaftslage und

wieder zunehmender Erwerbstätigkeit der Bedarf an Tageseinrichtungen schnell wieder steigen kann.

In den alten Bundesländern müssen zusätzliche Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten in Tageseinrichtungen für Kinder noch geschaffen werden. Es wäre kurzfristig, die Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern erst zu schließen, um sie dann zu viel höheren Kosten wiederaufzubauen.

Wir sind der Bundesregierung dankbar, daß sie in der schwierigen Übergangszeit die neuen Länder und Kommunen bei der Finanzierung der Tageseinrichtungen mit 1 Milliarde DM bis zum Ende dieses Monats unterstützt.

Darüber hinaus haben der Bund und die westlichen Bundesländer eine weitere Verbesserung der Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Gemeinden in Höhe von 44,5 Milliarden DM beschlossen.

Das sind Gelder, die auch für die Erhaltung von Kindergärten, Krippen und Horten genutzt werden sollten.

Broschüre für die Rückkehr in den Beruf

„Ich bin dabei — Zurück in den Beruf“, unter diesem Titel hat das Bundesarbeitsministerium eine neue Broschüre für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer veröffentlicht. Die Rückkehr in das Berufsleben nach einer längeren Erwerbspause bereitet oft große Schwierigkeiten. Über Lösungsmöglichkeiten dieser Probleme will die Broschüre informieren. Betroffen sind vor allem Frauen, die nach einer Phase der Familienarbeit den Anschluß in der Erwerbsarbeit suchen. Die besonderen Eingliederungshilfen durch die Arbeitsämter

haben bereits in der Vergangenheit mit dazu beigetragen, Benachteiligungen der Berufsrückkehrerinnen am Arbeitsmarkt abzubauen. Vielen sind die vielfältigen Förderungsmöglichkeiten aber nicht bekannt. Diese Lücke soll von der neuen Broschüre geschlossen werden. Sie weist auf Fortbildung, Umschulung, betriebliche Einarbeitung und vieles mehr hin. „Ich bin dabei“ gibt es kostenlos beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, W-5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 52 71

Steuerpolitik: Wir zeigen Solidarität

1. Finanzielle Rahmenbedingungen

Mit dem Solidaritätsgesetz und dem Steueränderungsgesetz reagiert die Bundesregierung auf die zusätzlichen finanziellen Anforderungen an den Bundeshaushalt. Unter den Rahmenbedingungen des vergangenen Jahres konnte noch davon ausgegangen werden, daß die finanziellen Mittel für die mit der Einheit in Verbindung stehenden Mehrausgaben durch Einsparungen und eine verantwortbare Erhöhung der Neuverschuldung aufgebracht werden können. Zu Beginn dieses Jahres traten jedoch weitere Belastungen auf, die in dem nun sichtbaren Umfang im Herbst 1990 von niemandem voraussehbar waren. Besonders erschwerend wirkten sich der völlige Zusammenbruch des Handels zwischen den neuen Bundesländern und den RGW-Staaten sowie der Ausbruch des Golf-Krieges aus. Dadurch fehlen alleine etwa 18 Mrd. DM, die zum wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern dringend gebraucht werden.

Eine Ausweitung der Netto-Kreditaufnahme durch den Bund ist in der gegenwärtigen Situation nicht zu vertreten. Darüber sind sich auch alle wirtschaftspolitisch Sachverständigen einig. Aus diesem Grunde bestand zur Erhöhung von Steuern keine akzeptable Finanzierungsalternative, die den zusätzlichen Finanzbedarf hätte decken können. Aufgrund der hervorragenden wirtschaftlichen Ent-

wicklung im alten Bundesgebiet, die das Ergebnis der stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierungskoalition ist, fallen die Steuererhöhungen maßvoll und im Falle des Solidaritätszuschlages zeitlich befristet aus.

Im folgenden sind die gesamten steuerpolitischen Maßnahmen einzeln aufgeführt. Die dann folgenden Beispielrechnungen zeigen, daß die soziale Ausgewogenheit gewährleistet ist und niemand über Gebühr belastet wird.

2. Die steuerpolitischen Maßnahmen

Solidaritätsgesetz

● Befristet auf den Zeitraum 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 wird ein **Solidaritätszuschlag** zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben. Der **Solidaritätszuschlag wird nicht auf das Bruttoeinkommen, sondern auf die Steuerschuld** mit einem Prozentsatz in Höhe von 7,5 Prozent erhoben. Die Belastung des Einkommens durch den Solidaritätszuschlag ist damit deutlich geringer.

Tabelle 1 auf Seite 24

Da der Solidaritätszuschlag 1991 und 1992 jeweils nur sechs Monate erhoben wird, bedeutet dies auf das Jahr umgerechnet nur eine zusätzliche Steuerschuld von 3,75 Prozent der Jahressteuerschuld.

Der Solidaritätszuschlag ist sozial ausgewogen gestaltet. Nicht nur Arbeitnehmer

Beispiel: Verheiratete Arbeitnehmer mit zwei Kindern**Tabelle 1**

	2000	4000	6000
monatlicher Bruttoverdienst in DM			
Lohnsteuer in DM	1,66	342	823,66
Solidaritätszuschlag auf die Lohnsteuer (7,5%)	0,12	25,65	61,77
Zuschlag beträgt ... Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes	0,01	0,64	1,03

entrichten ihn, sondern alle Einkommensteuerzahler, also auch Selbständige und Freiberufler. Mit dem Zuschlag auf die Körperschaftsteuer werden die Unternehmen herangezogen. Dabei gilt, daß die Belastung mit der Leistungsfähigkeit wächst: wer mehr verdient, zahlt auch mehr.

Die Beschränkung auf Besserverdienende wäre nicht sachgerecht. Wenn nur diese mit einer Ergänzungsabgabe belegt würden, könnte kein nennenswertes Steueraufkommen erzielt werden, da ihr Anteil an der Bevölkerung relativ gering ist.

Die Steuerzahler in den neuen Bundesländern werden zwar in den Solidaritätszuschlag einbezogen, aber — sofern sie davon betroffen sind — fallen ihre Belastungen aufgrund der niedrigen Einkommen und des zusätzlichen Tariffreibetrages in Höhe von 600/1.200 DM für Ledige/Verheiratete deutlich geringer aus. Bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem monatlichen Bruttoverdienst von 2.000 DM wird kein Solidaritätszuschlag erhoben, da keine Lohn- und Einkommensteuer zu entrichten ist.

Der Anteil der Bevölkerung, der in den neuen Bundesländern Lohnsteuer zu entrichten hat, wird für 1991 auf etwa 70 Prozent geschätzt. Sie erbringen aber nur 3 Prozent des Gesamtaufkommens des Solidaritätszuschlages im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer.

● Ab 1. Juli 1991 wird ebenfalls die **Mineralölsteuer** erhöht für

- ▶ bleifreies Benzin von 60 Pf/l um 22 Pf/l auf 82 Pf/l,
- ▶ verbleites Benzin von 67 Pf/l um 25 Pf/l auf 92 Pf/l und
- ▶ Diesel von 44,15 Pf/l um 10 Pf/l auf 54,15 Pf/l

Als Ausgleich wird die Kilometerpauschale angehoben.

Die Steuer auf Heizöl steigt von 5,66 Pf/l um 2,34 Pf/l auf 8 Pf/l. Die Steuer auf Erdgas wird von 2,6 Pf/10 kWh um 1 Pf/10 kWh auf 3,6 Pf/10 kWh angehoben.

● Die **Versicherungsteuer**, die gegenwärtig 7 Prozent der zu zahlenden Versicherungsprämie beträgt, wird um 3 Prozentpunkte auf 10 Prozent ab 1. Juli 1991 erhöht. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen und den privaten Kranken- und Lebensversicherungen sind davon ausgenommen. Hier fällt generell **keine** Versicherungsteuer an. Bei der Haftpflicht-, Hausrat- und Kaskoversicherung beispielsweise wirkt sich die Erhöhung hingegen aus.

● Die **Tabaksteuer** wird um 1 Pf je Zigarette auf 6,82 Pf/Zigarette angehoben. Auf 100 Gramm Feinschnitt-Tabak entfallen dann 1,84 DM an Steuern. Die Erhöhung erfolgt wegen der erforderlichen technischen Umstellungen im Tabak-Handel erst zum 1. März 1992.

Steueränderungsgesetz

Im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1991 sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Als Ausgleich für die Anhebung der Mineralölsteuer wird die **Kilometerpauschale** für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ab 1. Juli 1991 von 50 Pf/km auf 58 Pf/km und zum 1. Januar 1992 auf 65 Pf/km angehoben.
- Die **Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw** wird zum 1. Juli 1991 um 8 DM je angefangene 100 Kubikzentimeter auf dann je nach Fahrzeugtyp und Alter des Fahrzeugs 29,60 DM bis 38 DM angehoben (als Ausgleich für die vergleichsweise niedrige Erhöhung für Dieselmotoren). Die Steuerbefreiung für „besonders schadstoffarme“ Diesel-Pkw und zugunsten Behinderter bleiben in Kraft.
- Im Bereich der **Förderungsmöglichkeiten für schadstoffarme Pkw** wird die Nachrüstung auf schadstoffarme Pkw rückwirkend ab 3. Oktober 1990 auch in den neuen Bundesländern gefördert. Die in den alten Bundesländern auslaufende Förderung der Katalysator-Nachrüstung wird um ein Jahr verlängert und läuft wie in den neuen Bundesländern zum 31. Juli 1992 aus. In den neuen Bundesländern wird die Übertragbarkeit der Steuerbefreiung beim Autoverkauf ermöglicht und der ermäßigte Steuersatz von 13,20 DM je 100 Kubikzentimeter eingeführt.
- Für die Jahre 1983 bis 1985 sollen Familien mit Kindern, deren Steuerbescheide noch nicht rechtskräftig sind, einen **einmaligen Freibetrag** von 2.432 DM für das erste und 1.832 DM für das zweite Kind erhalten.
- Ab 1992 sollen Kinder unter 18 Jahren von den Gemeinden **automatisch** auf der **Lohnsteuerkarte** berücksichtigt werden.
- Für selbstgenutztes Wohneigentum erhöhen sich die maximal möglichen jährlichen **Abschreibungen nach § 10 e EStG** von 15.000 DM auf 16.500 DM. Das Baukindergeld wird von 750 DM auf 1.000 DM angehoben.

- Für Steuerpflichtige mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern wird ein **Tariffreibetrag** in Höhe von jährlich 600 DM für Ledige und 1.200 DM für Verheiratete befristet bis zum 31. 12. 1993 gewährt.
- Das **Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet** (Fördergebietsgesetz) wird neu gefaßt. Es wird neben bestimmten Sonderabschreibungen im Anlagevermögen auch die Umsetzung der Beschlüsse der Regierungskoalition zur verstärkten Förderung des Wohnungsbaus **in den neuen Ländern** enthalten. Darin sind Sonderabschreibungen für Neubauten und nachträgliche Veränderungen sowie Abzugsbeträge für eigengenutzte Gebäude vorgesehen. So soll beispielsweise der Ersatz der Heizungs- und Heißwasseranlage bis zu 40.000 DM steuerlich gefördert werden. Dabei können für selbstgenutzte Wohnungen, die zwischen 1991 und 1994 gebaut wurden, zehn Jahre lang 4.000 DM steuerlich angesetzt werden.
- Die **Vermögen- und Gewerbekapitalsteuer** gelten auch in den neuen Bundesländern. Sie werden aber wegen der Verwaltungsprobleme in den Jahren 1991 und 1992 dort nicht erhoben.
- Die **Berlin- und Zonenrandförderung** soll bis Ende 1994 stufenweise abgebaut werden. Die umsatzsteuerlichen Kürzungsansprüche werden ebenso abgebaut wie die Arbeitnehmerzulage in Berlin und die Lohnsteuerermäßigung.

3. Beispielrechnungen

Die Höhe der Belastung eines Steuerpflichtigen hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Hierzu zählen z. B. Familienstand, Einkommen, Lebensgewohnheiten und Lebensstandard. Daher läßt sich die Gesamtbelastung nur an angenommenen Beispielen verdeutlichen.

Den Berechnungen liegen folgende Annahmen zugrunde:

Tabelle 2 unten

Dann wirken sich die steuerpolitischen Maßnahmen wie folgt auf einen ledigen Steuerpflichtigen (Steuerklasse I/0) aus:

Tabelle 3 auf Seite 29 oben

Die Mehrbelastung für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit 2 Kindern (Steuerklasse III/2) ergibt sich

Tabelle 4 auf Seite 29 unten

Die errechneten Mehrbelastungen und damit auch der prozentuale Anteil der Mehrbelastungen am monatlichen Bruttoverdienst verringert sich

- durch die Anhebung der Kilometerpauschale,
- bei Steuerpflichtigen mit Kindern durch die vorgesehene Verbesserung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1992 durch Anhebung des Kindergeldes um 20 DM auf 70 DM sowie des Kinderfreibetrages von 3.024 DM auf 4.104 DM je Kind.
- durch den Einkommenszuwachs. Bei einer Lohnerhöhung um z. B. 5 Prozent dürften bei einem Durchschnittsverdiener mit einem monatlichen Bruttoverdienst von 3.500 DM die Mehrbelastungen — einschließlich der angehobenen Sozialbeiträge und Telefongebühren — mehr als ausgeglichen werden.

4. Nettoeffekt von Steuerreform 1986—1990 und Solidaritätsgesetz sowie Steueranpassungsgesetz 1991

Ein verheirateter steuerpflichtiger Durchschnittsverdiener mit 2 Kindern (Steuerklasse III/2) wurde 1990 um 120,14 DM entlastet. Die steuerpolitischen Maßnahmen führen in diesem Fall zu einer Mehrbelastung von 58,50 DM. Die Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei gleichzeitiger Senkung des Rentenversicherungsbeitrages sowie die Reduzierung um 10 Telefonfreieinheiten im Monat machen zusätzlich etwa 20 DM aus. Hieraus wird ersichtlich, daß die Entlastung aus der Steuerreform 1986/88/90 nicht aufgehoben wird.

5. Finanzielle Auswirkungen der Steuererhöhungen bei einem Einkommensanstieg (im Vergleichszeitraum 1. 1. 1991 / 1. 1. 1992)

Die Musterberechnungen für die Auswirkungen der Steuererhöhungen bei einem Einkommensanstieg werden auf einen verheirateten Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2) bezo-

Tabelle 2

	monatlicher Bruttoverdienst (in DM)			
	1400—2000	3500—6500	8000—10000	20000
Jahresfahrleistung — km —	10000	15000		20000
Benzinverbrauch (bleifrei) — 1/100 km —	8	9		10
Jahresheizölverbrauch — l —	1500	2000		3000
Jährliche Versicherungsprämie — DM —	800	1000		1200
Zigarettenverbrauch				20
täglich	10	15		
jährlich	3600	5400		7200

gen. Dabei soll von einem 5prozentigen Einkommensanstieg zum 1. Januar 1992 im Vergleichszeitraum 1. 1. 1991/1. 1. 1992 ausgegangen werden. Berücksichtigung finden die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung zum 1. April 1991, die Beitragssenkung zur Rentenversicherung zum 1. Januar 1992, die Anhebung des Kindergeldes für das erste Kind um 20 DM auf 70 DM und die Anhebung des Kinderfreibetrages um 900 DM auf etwa 4.104 DM zum 1. Januar 1992 sowie die Reduktion der Telefonfreieinheiten.

Das Einkommen eines verheirateten **Durchschnittsverdieners** mit zwei Kindern beträgt in den **neuen Bundesländern** 1.400 DM.

Da in diesem Falle bis zu einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2.000 DM keine Lohnsteuer zu entrichten ist, fällt kein Solidaritätszuschlag an. Die Anhebung der indirekten Steuern belastet ihn mit einem Betrag von 25,50 DM. Bei einem Lohnzuwachs von 5 Prozent, d. h. 70 DM, führt der Abzug der Gesamtbelastung zu einem deutlichen Nettoeinkommenszuwachs. Wird die Verbesserung des Kindergeldes für das erste Kind und die Verbesserung beim Kindergeldzuschlag mitberücksichtigt, verbleibt auch bei Berücksichtigung der Mehrbelastung aus der Beitragserhöhung der Sozialversicherungen und der Reduktion der Telefonfreieinheiten ein deutlicher Einkommenszuwachs:

Tabelle 5 oben

Ein verheirateter **Durchschnittsverdiener** mit 2 Kindern in den **alten Ländern** mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.500 DM unterliegt einer Mehrbelastung in Höhe von 58,50 DM. Aber auch hier gilt es, die Verbesserungen beim Kindergeld und die Erhöhung des Kinderfreibetrages, die Mehrbelastung aus der Beitragserhöhung zur Sozialversicherung

Tabelle 5

▶ Lohn- und Gehaltserhöhung	70,00 DM
▶ verbessertes Kindergeld	+ 20,00 DM
▶ Verbesserung des Kindergeldzuschlags	+ 16,20 DM
▶ Mehrbelastung aus der Beitragserhöhung zur Sozialversicherung	— 19,90 DM
▶ steuerliche Mehrbelastung	— 25,50 DM
▶ Reduktion der Telefonfreieinheiten	— 4,00 DM
Nettoeinkommenszuwachs	56,80 DM

sowie die automatische Mehrbelastung bei der Lohnsteuer aus dem Einkommensanstieg und die Reduktion der Telefonfreieinheiten zu berücksichtigen:

Tabelle 6 auf Seite 28

Auch in diesem Fall verbleibt bei einer Lohnerhöhung um 5 Prozent ein deutlicher Einkommenszuwachs. **Unverkennbar ist, daß die Belastung des Durchschnittsverdieners nicht das absolute Einkommensniveau, sondern lediglich den Einkommenszuwachs mindern.** Die Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung ist konsequent und sozial ausgewogen, da sie im Gegensatz zur vorhergehenden Regierung bei Steueranhebungen gleichwohl auf positive Nettoeinkommenszuwächse abstellt.

6. Fazit

Die beschlossenen Steuererhöhungen stellen die Verbesserungen durch die große Steuerreform 1986/88/90 nicht in Frage. Insbesondere den Gering- und Durchschnittsverdienern bleiben Nettoeinkommenszuwächse. Dies trifft auch und gerade dann zu, wenn — wie in diesem Jahr — kräftige Lohnerhöhungen stattfinden. Die steuerlichen Mehrbelas-

In Thüringen weltgrößtes Sonnenkraftwerk

Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH. (MBB/Ottobrunn) will im Landkreis Bad Langensalza in Thüringen das größte Sonnenkraftwerk der Welt bauen.

Die Anlage soll als Pilotprojekt für eine dann dort tätige Gesellschaft für die Fertigung und internationale Vermarktung von Sonnenkraftwerken in größeren Stückzahlen dienen.

Wie MBB-Projektleiter Roland Buda erklärte, laufen erste Vorgespräche mit dem Land Thüringen und dort ansäs-

sigen Firmen über die Ausgestaltung der Gesellschaft. Zudem seien noch Finanzierungsfragen offen.

MBB, eine Tochter der zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Deutschen Aerospace AG (Dasa/München) veranschlagt die Investitionskosten auf 50 bis 60 Millionen Mark.

Das Sonnenkraftwerk, bei dem mittels Solarzellen Sonnenlicht in elektrischen Strom umgewandelt wird (Photovoltaik), soll eine installierte Leistung von 4 000 Kilowatt haben.

stungen liegen folglich unter den dauerhaft wirkenden Entlastungen.

Wenn uns die SPD jetzt vorwirft, die Steuererhöhungen seien unsozial und ungerecht, dann kaschiert sie ihre eigenen steuerpolitischen Fehlleistungen. Die

Tabelle 6

▶ Lohn- und Gehaltserhöhung	175,00 DM
▶ Verbesserung beim Kindergeld (1. Kind)	+ 20,00 DM
▶ steuerliche Mehrbelastung	- 58,50 DM
▶ Mehrbelastung aus der Beitragserhöhung zur Sozialversicherung einschließlich der auf die Lohn- und Gehaltserhöhung entfallenden Sozialabgaben sowie der Mehrbelastung bei der Lohnsteuer aus dem Einkommensanstieg	- 55,80 DM
▶ Reduktion der Telefonfreieinheiten	- 4,00 DM
Nettoeinkommenszuwachs	76,70 DM

SPD ist die klassische Steuererhöhungspartei Deutschlands. 48 Steuern und Abgaben hat sie während ihrer Regierungszeit erhöht und selbst in der Opposition hat die SPD mehrfach Steuererhöhungen verlangt. Dabei beruhen ihre Vorschläge häufig auf der Bestrafung von Leistung, insbesondere erkennbar am Ruf nach einer Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende“. Um das benötigte Steueraufkommen zu erzielen, müßten mittlere und höhere Einkommen (zu versteuerndes Einkommen 60.000/120.000 DM, ledige/Verheiratete) um ca. 15 Prozent zusätzlich belastet werden. Eine solche Mehrbelastung von Facharbeitern, Selbständigen und anderen Leistungsträgern würde sich negativ auf die Leistungsbereitschaft und Investitionstätigkeit von Berufstätigen und Betrieben auswirken. Damit würde aber die solideste aller Finanzquellen, nämlich das Wachstum, zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft beeinträchtigt.

Für die Familien gibt es zu Beginn des Jahres 1992 weitere Steuererleichterungen und Verbesserungen beim Kinder-

geld in Höhe von insgesamt 7 Mrd. DM; zum 1. Juli 1992 entfällt die Entrichtung des Solidaritätszuschlages. Dies zeigt: Die Politik der CDU bleibt auch in dieser schwierigen Zeit auf Kurs. Die familienfreundliche Umgestaltung des Steuersystems, die Förderung von Leistungsbe-

reitschaft und eine solide Haushaltspolitik: das sind und bleiben die wesentlichen Eckpunkte unserer Finanzpolitik. **Informationen können auch eingeholt werden beim Bundesministerium der Finanzen, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Graurheindorfer Str. 108, 5300 Bonn 1.**

Monatlicher Bruttoverdienst in DM	1400	2000	3500	5000	6500	8000	10000
Lohnsteuer (allgemeine Tabelle) in DM	97,30	208,10	587,40	1043,20	1579,60	2197,80	3151,90
Mehrbelastung durch Steuererhöhungen (DM/mtl.)							
1. Solidaritätszuschlag	7,30	15,60	44,10	78,20	118,50	164,80	236,40
2. Anhebung Mineralölsteuer auf Benzin (bleifrei)	14,70	14,70	24,80	24,80	24,80	36,70	36,70
auf Heizöl	2,90	2,90	3,90	3,90	3,90	5,90	5,90
3. Versicherungssteuer	2,—	2,—	2,50	2,50	2,50	3,—	3,—
4. Tabaksteuer	3,—	3,—	4,50	4,50	4,50	6,—	6,—
5. Anhebung insgesamt	29,90	38,20	79,80	113,90	154,20	216,40	288,—
6. Mehrwertsteuer	2,90	2,90	4,60	4,60	4,60	6,80	6,80
7. Mehrbelastung insgesamt (DM/mtl.)	32,80	41,10	84,40	118,50	158,80	223,20	294,80
8. Mehrbelastung in % des monatl. Bruttoverd.	2,3	2,1	2,4	2,4	2,4	2,8	2,9

Tabelle 3

Monatlicher Bruttoverdienst in DM	1400	2000	3500	5000	6500	8000	10000
Lohnsteuer (allgemeine Tabelle) in DM	0	1,70	242,20	566,80	950,50	1362,70	1974,30
Mehrbelastung durch Steuererhöhungen (DM/mtl.)							
1. Solidaritätszuschlag	0	0,10	18,20	42,50	71,30	102,20	148,10
2. Anhebung Mineralölsteuer auf Benzin (bleifrei)	14,70	14,70	24,80	24,80	24,80	36,70	36,70
auf Heizöl	2,90	2,90	3,90	3,90	3,90	5,90	5,90
3. Versicherungssteuer	2,—	2,—	2,50	2,50	2,50	3,—	3,—
4. Tabaksteuer	3,—	3,—	4,50	4,50	4,50	6,—	6,—
5. Anhebung insgesamt	22,60	22,70	53,90	78,20	107,—	153,80	199,70
6. Mehrwertsteuer	2,90	2,90	4,60	4,60	4,60	6,80	6,80
7. Mehrbelastung insgesamt (DM/mtl.)	25,50	25,60	58,50	82,80	111,60	160,60	206,50
8. Mehrbelastung in % des monatl. Bruttoverd.	1,8	1,3	1,7	1,7	1,7	2,0	2,1

Tabelle 4

Hinweis: Die Tabellen 3 und 4 gehören zu den Beispielrechnungen auf der Seite 26.

Alle Tabellen und Zahlenangaben beruhen auf Angaben des Finanzministeriums.

Ferienakademie der Jungen Union

Aspekte des Nord-Süd-Konfliktes aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland

Donnerstag, 11. Juli 1991

15.30 Uhr: Eröffnung und Begrüßung durch Hermann Gröhe, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

16.00 Uhr: Deutschland nach der Einheit — Kein Blick mehr für die sogenannte Dritte Welt? Carl-Dieter Spranger, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

17.30 Uhr: Lateinamerika im Spiegel seiner Geschichte, Kulturen und sozio-ökonomischen Probleme. Bernd Lüken, Studienleiter der Karl-Arnold-Bildungsstätte

Freitag, 12. Juli 1991

10.00 Uhr: Der asiatische Raum. Dr. Christian Ruck, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

11.30 Uhr: Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Volkmar Köhler, Mitglied

des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

14.00 Uhr: Die politische und wirtschaftliche Situation in Mittelamerika. Ana Lucrecia Rivera de Ampuero, Botschafterin der Republik Guatemala

16.30 Uhr: Was können Entwicklungs- hilfeorganisationen leisten? Podiumsdiskussion mit Vertretern vom Deutschen Roten Kreuz, der Welthungerhilfe, von Brot für die Welt und Misereor

19.30 Uhr: Gespräch mit dem Botschafter der Republik Chile, Dr. Carlos Huneeus

Samstag, 13. Juli 1991

10.00 Uhr: Entwicklung braucht Demokratie — Politische Bildung in der sogenannten Dritten Welt. Josef Thesing, Leiter des Internationalen Institutes der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Tagungsort: Karl-Arnold-Bildungsstätte, Venner Straße 55, 5300 Bonn 2
Telefon (0228) 38 20 70

ANMELDUNG

Absender:

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

An der Ferienakademie

nehme ich teil

nicht teil

Übernachtungen

ja nein

An die

**Bundesgeschäftsstelle der
Jungen Union Deutschlands
Annaberger Str. 283**

5300 Bonn 2

Solidaritätsbörse „Wir halten zusammen“

CDU Nortorf: Ausbildungsplätze für junge Leute aus den neuen Ländern

In Nortorf und Umgebung können viele Stellen aus Nachwuchsmangel nicht besetzt werden. In den östlichen Nachbarländern der schleswig-holsteinischen Gemeinde gibt es dagegen ein zu geringes Lehrstellenangebot. Horst Krebs, der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Nortorf, zeigte jetzt in einem Pressegespräch einen Weg auf, wie man zum Vorteil beider Seiten zu einer Lösung kommen könne.

Betriebe, die ihre Lehrstellen nicht besetzen können, holen junge ausbildungswillige Leute aus den neuen Bundesländern und ermöglichen diesen eine qualifizierte Ausbildung. Nach Abschluß ihrer Lehrzeit kehren die jungen Leute wieder zurück und können so um so besser ihren Beitrag zum Wiederaufbau ihrer Heimat leisten.

Um Unterbringungsschwierigkeiten zu lösen, ruft die CDU Nortorf dazu auf, daß sich Familien bereit erklären, junge Leute bei sich zu versorgen. Notfalls übernimmt die CDU nicht nur die Patenschaft, sondern auch die Bürgschaft für die pünktliche Bezahlung der Unterkünfte.

Falls das Lehrlingsgehalt zur Abgeltung der anfallenden Kosten nicht ausreichen sollte, wollen die Kommunalpolitiker diese Lücke gemeinsam mit dem Ausbildungsbetrieb schließen. Der CDU-Ortsverband arbeitet mit der Handelskammer, den Innungen und anderen übergeordneten Stellen zusammen.

Die CDU will sich aber nicht nur um die Unterbringung kümmern, sondern auch

dafür sorgen, daß die jeweiligen Mädchen und Jungen in Nortorf Kontakt finden und sich heimisch fühlen. Schließlich können die Azubis aus finanziellen Gründen nicht an jedem Wochenende nach Hause fahren. Damit sich niemand vernachlässigt fühlt, werden für die Jugendlichen Patenschaften vergeben, so daß Familienanschluß gewährleistet ist.

Ein ähnliches Projekt des Kreisverbandes Emmendingen läuft bereits seit Mitte April: Die Verantwortlichen im Kreis Emmendingen (Baden-Württemberg), die Kreishandwerkerschaft, die CDU-Mittelstandsvereinigung und der CDU-Kreis-

Machen Sie mit:

**Solidaritäts-
Börse
(02 28) 54 42 82**

verband, hatten sich zusammengeschlossen, um jungen Menschen aus dem Landkreis Annaberg die Möglichkeit einer fundierten Ausbildung im Kreis Emmendingen zu ermöglichen.

Ziel ist es, diese jungen Menschen für die Arbeit im Kreis Annaberg auszubilden. Die Unterbringung erfolgt in der Regel von den Ausbildungsmeistern. Wo dies nicht möglich ist, wird die Aufnahme in eine andere Familie vermittelt. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**Damit unsere guten
Argumente auch gut
zur Wirkung kommen**

In einem sog. „Display“-Koffer gut untergebracht, bieten wir Ihnen für die Präsentation vor allem unserer Faltposter ein „Regal“ an, das sich mit Leichtigkeit überall aufbauen läßt.

Sie können es über die
CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen:

Tel. (02 28) 54 43 84

Fax (02 28) 54 43 72

Preis: 96,40 DM

plus Porto und MwSt.



UID

21/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.